

## Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein  
Kindertagesstättenanpassungsgesetz (Drs. 5/8369)**

### **Der Landtag möge beschließen:**

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Handreichung für die Träger der öffentlichen Jugendhilfe zu erarbeiten, in der Empfehlungen für die Anwendung der Kindertagesstätten-Betriebskosten- und Nachweisverordnung (KitaBKNV) und des § 16 des Kindertagesstättengesetz gegeben werden. Darin sollen die Kostenerstattungsmodalitäten sowohl für die Träger der öffentlichen Jugendhilfe als auch für die Träger von Kindertagesstätten nach dem neuen § 5 Absatz 3 der KitaBKNV erklärt und die Bedeutung der neu eingeführten Vergütungshöhe für die erforderlichen Personalkosten dargestellt werden.

### **Begründung:**

Die Anhörung zum Kindertagesstättenanpassungsgesetz hat gezeigt, dass sowohl bei den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe (TdöJ) als auch bei den Trägern von Kindertagesstätten erhebliche Unsicherheiten bezüglich der Kostenerstattungsmodalitäten vorhanden sind. Die Kostenerstattung wird auch in den Kommunen teilweise sehr unterschiedlich gehandhabt.

Es sei erkennbar und die Erfahrungen zeigten es, dass die bestehenden Finanzierungsregelungen vor Ort teilweise schwer mit dem Kita-Gesetz in Einklang zu bringen sind. Vielmehr seien sie Ausdruck kommunaler Haushaltslagen, der Interpretation des Kita-Gesetzes aus den jeweiligen Verwaltungen und möglicherweise auch kommunalpolitischer Willensbildung.

Um hier die Intention des Gesetzgebers und die im Gesetz verankerte Regelung für alle Beteiligten besser handhabbar zu machen, wäre eine Handreichung von Seiten des Jugendministeriums sehr hilfreich. Sie kann klarstellen, dass die in der Kindertagesstätten-Betriebskosten- und Nachweisverordnung nun verankerte Vergütungshöhe keine maximal zu erstattende Größe darstellt, sondern eine

Durchschnittsgröße. Wenn Tätigkeitsmerkmale zu höheren Eingruppierungsstufen führen, dann müssten diese auch entsprechend Berücksichtigung bei der Erstattung zwischen dem TdöJ und dem Kita-Träger finden. Der neue § 5 Absatz 3 der KitaBKNV ist demnach analog anwendbar.

Marie Luise von Halem  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN